Nummer 16 Hannover, 15. April 1916 25. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die Unfallstatistik des Jahres 1914.

In den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts" sind kürzlich die Nachweise über die Betriebsunfälle im Jahre 1914 erschienen. Leider sind die Zusammenstellungen in derselben Weise erfolgt wie in früheren Jahren auch, so daß in keiner Weise erkennbar ist, ob und wie sich die fünf Kriegsmonate des Jahres von der Friedenszeit abheben. Es ist aber anzunehmen, daß sich starke Abweichungen in den Verhältniszahlen zeigen würden, Abweichungen, in denen die vermehrte Verwendung weiblicher, jugendlicher und alter Arbeiter und andre Umstände mehr zum Ausdruck kommen. Mittelbar kann man Umfang und Richtung dieser Abweichungen allerdings schon erkennen, wenn man die Verhältniszahlen des ganzen Berichtsjahres mit denen aus dem Vorjahr vergleicht. Es ergibt sich nämlich dann eine Steigerung der gemeldeten Unfälle von 61,33 auf 62,23 und der entschädigten von 7,91 auf 8,05 vom Tausend aller versicherten Vollarbeiter. An dieser Steigerung werden die Kriegsmonate den größten Anteil haben.

Die absoluten Zahlen über die Unfälle lassen sich mit denen aus früheren Jahren nicht vergleichen, weil infolge der Einziehungen zum Heeresdienst, teilweise auch infolge der nach Kriegsausbruch einsetzenden Betriebsstockungen die Arbeiterzahl gesunken ist. Die Zahl der Vollarbeiter (ein Vollarbeiter gleich 300 Arbeitsschichten) betrug im Jahre 1913 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 9 476 233, im Jahre 1914 nur noch 8 274 900. Der Rückgang beträgt 12,7 vom Hundert. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug (bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften) 514 975 gegen 581 211 im Jahre 1913. Die Zahl der entschädigten Unfälle sank von 74 978 auf 66 580. Daß die Unfallzahlen zwar gesunken, aber doch nicht so schnell gesunken sind wie die Zahl der beschäftigten Arbeiter, wurde oben schon gesagt.

Die Lohnsumme ist nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten gesunken. Im Jahre 1913 betrug der Durchschnittslohn bei allen gewerblichen Berufsgenossenschaften 1215, im Jahre 1914 nur 1197 Mk. Dieses Sinken des Durchschnittslohnes läßt nicht ohne weiteres auf direkte Lohnkürzungen schließen. Es wird vielmehr dadurch herbeigeführt sein, daß Hunderttausende von verhältnismäßig gutbezahlten Arbeitern im besten Lebensalter eingezogen wurden, während die geringer entlohnten weiblichen, jugendlichen und älteren Arbeiter in den Betrieben blieben. Auch die Art der Berechnung der Lohnsummen wird auf das Ergebnis nicht ohne Einfluß sein.

Alle diese Ausführungen beziehen sich auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften liefern so unvollständige Berichte, daß sich Vergleiche mit früheren Jahren fast gar nicht anstellen lassen. Die 17 403 000 Versicherten z. B., die von den Berufsgenossenschaften der Landwirtschaft angegeben werden, beruhen nur auf Schätzung, und diese Schätzung wieder ist aufgebaut auf die Zahlen der Betriebsstatistik vom Jahre 1907. Daraus ergibt sich schon, daß eine eingehendere Beleuchtung der Ergebnisse der Unfallstatistik nur auf die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften ermittelten Zahlen aufgebaut werden kann. Immerhin sei aus dem Gesamtergebnis noch nachgetragen, daß insgesamt im Jahre 1914 704 973 Unfälle angemeldet wurden, von denen 124 086 entschädigt werden mußten. Durch Unfälle getötet wurden 9401 Personen.

*

In den nachfolgenden Zeilen sollen die Ergebnisse der Unfallstatistik in den Industriezweigen, die für den Verband der Fabrikarbeiter als Agitationsgebiet in Betracht kommen, etwas eingehender betrachtet werden.

Die folgende Tabelle gibt zunächst eine Zusammenstellung der überhaupt gemeldeten wie der entschädigten Unfälle in den fünf Berufsgenossenschaften, die für unsern Verband in erster Linie in Frage kommen.

Berufsgenossenschaft	Vollarbeiter		Gemeldete Unfälle		Entschädigte Unfälle	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Ziegelei-	178 026	129 544	6 677	5 511	1553	1180
der chem. Industrie	277 629	245 980	15 340	13 279	1967	1781
Papiermacher-	97 757	81 565	5 462	4 556	878	730
Zucker-	58 879	56 263	2 519	2 528	490	438
der Molkerei-, Brennerei- u. Stärke-Ind.	56 004	53 243	1 969	1 871	340	342
Insgesamt	668 295	566 595	31 967	27 745	5218	4471

Die Zahl der Vollarbeiter ist in allen Berufsgenossenschaften zurückgegangen; am stärksten in der Ziegelindustrie, die fast 50 000 Vollarbeiter weniger zählt, am wenigsten in der Zuckerindustrie, die nur rund 2500 weniger beschäftigte. Bei allen fünf angeführten Berufsgenossenschaften beträgt der Rückgang 101 700 oder rund 15 Prozent. Er steht also nicht unerheblich über dem durchschnittlichen Rückgang bei allen Berufsgenossenschaften.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist bei der Zuckerberufsgenossenschaft fast gleich geblieben (+ 9), bei allen andern gesunken; am stärksten in der chemischen Industrie, am wenigsten in der Berufsgenossenschaft der Molkerei- usw. Industrie. Die entschädigten Unfälle wiederum sind bei der zuletztgenannten Berufsgenossenschaften fast gleich geblieben (+ 2), bei den übrigen gesunken. Bei allen fünf in der Tabelle angeführten Berufsgenossenschaften gingen die gemeldeten Unfälle um 4222 = 13,3 Prozent, die entschädigten um 747 = 14,3 Prozent zurück.

Das Verhältnis der gemeldeten zu den entschädigten Unfällen ist nicht in allen Berufsgenossenschaften gleich. Von der Ziegeleiberufsgenossenschaft werden von je 100 gemeldeten Unfällen 21,4 entschädigt, in der chemischen Industrie nur 13,4. In der Papiermacherberufsgenossenschaft sind es 16, in der Zuckerindustrie 17,3 und in den Molkereien, Stärkefabriken usw. 18,3. Die Unterschiede erklären sich zu einem Teil vielleicht aus dem mehr oder minder großen Entgegenkommen der Berufsgenossenschaften bei den Entscheidungen über Rentenansprüche; in der Hauptsache jedoch wohl daraus, daß z. B. in Ziegeleien leichte Unfälle weniger beachtet und deshalb weniger oft gemeldet werden als etwa in der chemischen Industrie, wo oft selbst ganz leichte Unfälle schwere Folgen nach sich ziehen können.

In der folgenden Tabelle ist im ersten Teil über die entschädigten Unfälle nach Geschlecht und getrennt für Erwachsene und Jugendliche berichtet; der zweite Teil (die letzten vier Rubriken) enthält die Prozentzahlen für die gemeldeten wie auch für die entschädigten Unfälle in den einzelnen Industriezweigen. Für diesen Teil sind die Zahlen für 1913 zum Vergleich mit angeführt.

Berufsgenossenschaft	Von den entschädigten Unfällen betrafen:				Zusammen auf je 1000 Vollarbeiter entfielen Unfälle:			
	Erwachsene		Jugendliche (unter 16 J.)		gemeldete		entschädigte	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	1913	1914	1913	1914
Ziegelei-	1088	48	40	4	37,51	42,54	8,72	9,11
der chem. Industrie	1627	107	33	14	55,25	53,98	7,08	7,24
Papiermacher-	649	53	24	4	55,87	55,86	8,98	8,95
Zucker-	421	11	5	1	42,78	44,93	8,15	7,78
der Molkerei- usw.	306	23	13	—	35,16	35,14	6,07	6,42

Die größte Zahl der weiblichen und jugendlichen Verletzten stellt die chemische Industrie. Der Prozent der gemeldeten Unfälle ist in Ziegeleien und Zuckerfabriken gestiegen, in der chemischen Industrie gesunken; bei den beiden andern Berufsgenossenschaften hat er sich fast gar nicht verändert. Der Prozentsatz der entschädigten Unfälle ist in Ziegeleien, in der chemischen und in der Berufsgenossenschaft der Molkerei- usw. Industrie gestiegen, in der Papiermacherberufsgenossenschaft und in den Zuckerindustrie etwas gesunken. Insgesamt sind 242 weibliche und 138 jugendliche Arbeitskräfte durch Unfälle so schwer verletzt worden, daß die Folgen in dreizehn Wochen nicht behoben waren. Wieviel weibliche und jugendliche Personen überhaupt verletzt wurden, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen.

In der nächsten Tabelle sind die Folgen der Unfälle, soweit die Verletzten entschädigt wurden, zusammengestellt.

Berufsgenossenschaft	Tot		Erwerbsunfähig			
			dauernd		vorübergehend	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Ziegelei-	125	121	228	180	1200	879
der chemischen Industrie	144	170	731	624	1012	987
Papiermacher-	63	50	308	289	507	391
Zucker-	41	42	244	246	195	150
der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie	24	24	107	122	209	196
Zusammen	397	407	1688	1461	3153	2603

Die Zahl der Todesfälle ist in der chemischen Industrie sehr viel höher als im Jahre vorher. Das dürfte sich aus der vermehrten Tätigkeit der Sprengstoffindustrie in den Kriegsmonaten und der dadurch gesteigerten Unfallgefahr erklären. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird das Jahr 1915 in dieser Hinsicht noch sehr viel höhere Zahlen bringen. Die Zahl der dauernd oder vorübergehend Erwerbsunfähigen ist gesunken. Bei den dauernd Erwerbsunfähigen entspricht das Sinken fast genau, bei den vorübergehend Erwerbsunfähigen ist der Rückgang größer. In den früheren Jahren war die Entwicklung dieser Zahlen umgekehrt. Diese Umkehrung erklärt sich vielleicht aus den Anordnungen nach Kriegsausbruch, daß bei den Rentenbewilligungen nicht engherzig verfahren werden solle. In Verfolg dieser Mahnungen sind wahrscheinlich die Rentenaufhebungen, durch die ja die Erwerbsfähigkeit in eine „vorübergehende" verwandelt wird, nicht mehr in der früher beliebten Schärfe erfolgt.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften für Unfallrenten sowie die durchschnittliche Höhe der Renten.

Berufsgenossenschaft	Zahl der Rentenempfänger		Gezahlte Renten in Mark		Durchschnitts-Betrag einer Rente pro Tag	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
					₰	₰
Ziegelei-	9 804	9 181	1 624 167	1 575 339	45	49
der chem. Industrie	11 380	11 293	2 18[illegible] 340	2 221 914	52	54
Papiermacher-	6 447	6 261	1[illegible]	1 006 477	43	44
Zucker-	3 969	3 887	[illegible] 227	627 978	43	44
der Molkerei-, Brennerei- u. Stärke-Ind.	2 553	2 393	428 824	431 281	46	49
Zusammen	34 153	33 015	5 865 069	5 862 989	47	49

Die Zahl der Rentenempfänger ist bei allen Berufsgenossenschaften gesunken. Dieses Sinken ist jedoch nicht eine durch den Krieg herbeigeführte Erscheinung, sondern eine Folge der verstärkten Ausscheidung von Rentenbeziehern durch Nachprüfungen. Namentlich die kleinen Renten, die sogenannten „Schnapsrenten", werden mehr und mehr entzogen. Es hat sich im Laufe der letzten Jahre die Auffassung herausgebildet, daß der Arbeiter eine geringe Verminderung seiner Arbeitsfähigkeit und seines Arbeitslohnes selbst tragen oder daß er sich an geringe Verletzungen seiner Glieder „gewöhnen" muß. Diese Auffassung ist gewiß höchst unsozial und ungerecht, aber die Maßnahmen, die darauf gestützt werden, haben für die Berufsgenossenschaften eine beachtliche Herabminderung der Rentenausgaben zur Folge und deshalb wird die Rentenquetscherei so bald nicht aufhören. Daß sie seit Kriegsausbruch etwas gemindert ist, wurde oben schon gesagt.

Die Höhe der Renten hat sich nicht viel geändert. Die geringe Verschiebung nach oben erklärt sich zu einem Teil aus dem Steigen des Arbeitsverdienstes, nach dem ja die Rente bemessen wird. Dann aber auch aus der oben erwähnten Abschiebung der kleinen Renten. Je mehr kleine Renten wegfallen, um so mehr muß naturgemäß der Durchschnittssatz bei den verbleibenden steigen. — Bemerkenswert ist, daß die Gesamtsumme, die 1914 an Renten gezahlt wurde, wieder gesunken ist, wie das auch schon von 1912 zu 1913 der Fall war. Dieses Sinken der Gesamtausgabe zeigt überaus deutlich die Wirkung der Rentendrückerei.

In einer letzten Tabelle stellen wir nun noch die von den Berufsgenossenschaften ermittelten Jahreslöhne der Vollarbeiter zusammen. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß unter einem Vollarbeiter einfach 300 Arbeitsschichten pro Jahr zu verstehen sind. Die Zahl der Vollarbeiter wird nämlich ermittelt, indem man die von der Berufsgenossenschaft in ihrem Versicherungsbereich ermittelten Arbeitsschichten durch 300 dividiert. Der so ermittelte Lohn ist also immer dann höher als der tatsächlich erzielte Durchschnittslohn, wenn der Arbeiter weniger als 300 Tage im Jahr gearbeitet hat. Das ist zum Beispiel der Fall in der Zuckerindustrie und in den Ziegeleien.

Wir lassen nunmehr die Tabelle, die die Durchschnittslöhne für die Zeit von 1909 bis 1914 mit angibt, folgen.

Durchschnittlicher Jahreslohn der Vollarbeiter:

Berufsgenossenschaft	1909	1910	1911	1912	1913	1914
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Ziegelei-	1003,73	1019,—	1062,34	1086,41	1113,69	1129,98
der chem. Industrie	1159,10	1181,88	1240,27	1277,62	1323,95	1335,78
Papiermacher-	875,62	901,62	941,84	973,37	1012,85	1011,24
Zucker-	981,84	1009,50	1030,09	1041,26	1088,15	1080,76
der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie	944,66	950,41	959,61	1002,22	1011,74	1006,19

Der Durchschnittslohn ist in den Ziegeleien und in der chemischen Industrie noch etwas gestiegen, in den übrigen Industriezweigen jedoch gefallen. Daß dieses Sinken wahrscheinlich nicht durch Lohnkürzungen herbeigeführt wurde, sondern eine Folge der durch die Einziehung veränderten Zusammensetzung der Arbeiterschaft ist, wurde schon einleitend, bei Besprechung der gleichen Erscheinung im Durchschnitt aller Berufsgenossenschaften, erwähnt. Leider ist die Lohnstatistik der Berufsgenossenschaft zu wenig ausgebaut, so daß sich Urteile über die tatsächliche Lohnhöhe in den einzelnen Industriezweigen nur sehr bedingt darauf stützen lassen. Auch die Vergleichbarkeit der durchschnittlichen Löhne untereinander ist nur unter Vorbehalten möglich. Die Feststellung erfolgt nämlich ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht der Versicherten. Daraus folgt, daß für Industriezweige, die sehr viel weibliche und jugendliche Arbeiter beschäftigen, auch dann ein geringerer Durchschnittslohn herausgerechnet wird, wenn sie tatsächlich im einzelnen höhere Löhne bezahlen als solche Industrien, in denen fast ausschließlich erwachsene Männer tätig sind. Alles in allem bietet der Bericht der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1914 wenig Erfreuliches. Leider können wir nicht die Hoffnung hegen, daß der nächste Bericht des Erfreulichen mehr bietet.

Vorschläge zur Sicherung der Volksernährung.

Je länger der Krieg dauert, um so größer werden naturgemäß die Ernährungsschwierigkeiten. Die Vorräte werden immer mehr aufgebraucht, die Zufuhr wird immer schärfer kontrolliert und unterbunden. Die Lebensmittelerzeugung im Inlande aber kann aus mancherlei Gründen keine nennenswerte Steigerung erfahren; einmal fehlen die künstlichen Düngemittel, dann fehlen die Pferde zur Bodenbearbeitung und endlich fehlen auch Arbeitskräfte zur sachgemäßen Pflege der Früchte. Der verminderten Einführung und Erzeugung von Lebensmitteln steht aber eine starke Steigerung der Nachfrage gegenüber, die durch die Notwendigkeit, ein Millionenheer ausreichend zu beköstigen, genügend erklärt wird.

Das Knappwerden vieler Lebensmittel ist also eine unvermeidliche Kriegsfolge. Auch die Teurung ist in gewissen Grenzen nur eine natürliche Folge der durch den Krieg geschaffenen Umstände. Mangel und Teurung aber werden verschärft durch gewissenlose Menschen, die mit den vorhandenen Lebensmitteln schmählichen Wucher treiben. Die Leute, die die Vorräte aufkaufen und die Preise treiben, um ihre Taschen zu füllen, sind ohne Frage die ärgsten Schädlinge des Volkes und verdienten wegen Landesverrats vor Gericht gestellt zu werden. Gesetz und Herkommen sorgen jedoch dafür, daß ihnen wenig oder nichts geschieht. Zwar hält man ihnen oft lange Moralpauken, aber die schütteln sie ab wie der Hund den Regen.

Viel wirksamer als alle Vorwürfe, Mahnungen und Warnungen sind geeignete organisatorische Maßnahmen zur Sicherstellung der Volksernährung. Hätte die Reichsregierung zu Beginn des Krieges die Vorschläge eingehend gewürdigt und zur Richtschnur ihres Handelns genommen, die ihr von der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemacht wurden, so stände es heute um die Ernährung des deutschen Volkes sehr viel günstiger. Weil man aber den Grundsatz des „freien Handels", wie überhaupt das „freie Spiel der Kräfte" möglichst wenig antasten wollte, hat man die Dinge laufen und damit Zustände einreißen lassen, die wirklich zu ernsten Bedenken Anlaß geben. Nur mit der Brotversorgung können wir einigermaßen zufrieden sein. Wie es aber damit stände, wenn auch die dem „freien Spiel" der Wucherer überlassen wäre, ist gar nicht auszudenken.

Soviel nun aber auch schon versäumt ist, es ist noch manches nachzuholen und gutzumachen, wenn wenigstens jetzt rücksichtslos durchgegriffen wird. Allerdings muß das Durchgreifen planmäßig geschehen und nicht, wie in der Vergangenheit, wo man immer nur das Feuer zu löschen suchte, das gerade auf den Nägeln brannte. Einen solchen Plan für eine weitreichende und durchgreifende Ernährungsfürsorge hat die sozialdemokratische Fraktion jetzt im Reichstag zum Etat eingebracht. Die Angelegenheit ist so wichtig und die Vorschläge der Partei erscheinen uns so zweckmäßig, daß wir die als Resolution eingebrachten Forderungen hier wiedergeben. Es sind folgende:

I. Landwirtschaftliche Produktion.

a) Für die Feldbestellung ist soweit als möglich die Beurlaubung der zum Heeresdienst eingezogenen Landwirte, Landarbeiter und Handwerker herbeizuführen.

b) Es sind Einrichtungen zu treffen, daß den kleinen Besitzern in größerem Umfang Kriegsgefangene für landwirtschaftliche Arbeiten zur Verfügung gestellt werden.

c) In den von unsern Truppen besetzten Bezirken des Auslandes ist die Bestellung der Felder, soweit sie die Besitzer nicht übernehmen konnten, durch Kriegsgefangene oder die Besatzungstruppe zur Ausführung zu bringen.

d) Bei der Verteilung der künstlichen Düngemittel ist entsprechend dem Bedarf des Betriebes eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Mengen vorzunehmen.

e) Die Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen ist durch genossenschaftliche Organisationen auch dem Kleinbetrieb zu erleichtern.

f) Durch genossenschaftliche Zwangsorganisationen ist der Absatz der Produkte unter möglichster Ausschaltung hoher Zwischenhandelsgewinne herbeizuführen. Im besonderen ist der Anbau von Gemüse zu begünstigen, damit der Bedarf an ausländischen Erzeugnissen soweit irgend möglich zurückgedrängt wird.

Zur Minderung der Fettnot ist der Anbau von Oelfrucht zu fördern.

g) Der Mangel an Futtermitteln ist zu mildern durch Nutzbarmachung des frischen Laubes und Trocknen zu Laubheu. Das Herbeischaffen dieses Futtermittels muß durch eine großzügige Organisation unter Benutzung der Kriegsgefangenenarbeit geschehen.

h) Außer dem fiskalischen ist auch der private Waldbesitz zur Abgabe von Streu und Futtermitteln zu verpflichten.

i) Zur Vermeidung großer Wildschäden ist in der Schonzeit ein teilweiser Abschuß zuzulassen, um zugleich eine bessere Fleischversorgung zu erzielen.

k) Die Jagd auf wilde Kaninchen sowie die Angelfischerei ist freizugeben.

II. Vieh- und Fleischversorgung.

a) Unverzüglich sind Maßnahmen zu ergreifen, um das weitere Abschlachten von Milchvieh zu unterbinden. Als Mittel kommen hierbei in Betracht: niedere Höchstpreisfestsetzung und eventuell Verbot der Abschlachtung brauchbaren Milchviehes.

b) Die Beschlagnahme der Butter muß auf alle Betriebe, die Butter zum Verkauf herstellen, ausgedehnt werden, um eine gleichmäßige Verteilung der Produkte herbeizuführen. Der Postversand an Einzelabnehmer ist zu verbieten.

c) Die Butterkarte in Verbindung mit einer Karte für den Bezug von Fett und Margarine ist in allen Gemeinden einzuführen. Die schwer arbeitende Bevölkerung ist bei der Verteilung zu bevorzugen.

d) Der Mangel an Schlachtvieh macht die Einführung einer Fleischkarte dringend notwendig, um den Verbrauch dort einzuschränken, wo bisher eine Zurückhaltung nicht geübt wurde.

e) Der so notwendigen Schweineaufzucht wird nicht nur der Mangel an Futtermitteln, sondern auch der hohe Preis für Ferkel gefährlich. Dieser muß in einer dem Wert entsprechenden Höhe festgesetzt werden. Bei sehr erheblichem Mangel an Schlachtvieh muß unter schonender Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Betriebes zur teilweisen Beschlagnahme des Viehes gegriffen werden.

III. Kartoffelversorgung.

a) Die Mängel in der Kartoffelversorgung sind durch strenge Durchführung der Beschlagnahme zu beheben.

b) Die Rationierung für die Konsumenten erscheint nur dann notwendig, wenn die Bestände die Sicherheit einer ausreichenden Versorgung nicht bieten. Das zugeteilte tägliche Durchschnittsquantum von ½ Kilogramm ist ungenügend, da der Bedarf im Hinblick auf die Schwierigkeiten in der Ernährung, besonders in den Schichten der schwer arbeitenden Bevölkerung, erheblich höher ist.

IV. Allgemeine Anforderungen.

a) Der Einkauf der Nahrungsmittel im Ausland ist durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft zu leiten.

b) Es ist zu verhindern, daß die Militärverwaltung ihren Bedarf durch Preisüberbietungen deckt. Die Ansprüche der Militärverwaltung müssen durch Beschlagnahme zu Höchstpreisen gedeckt werden.

c) Die vielen minderwertigen Ersatzmittel, die in den Handel kommen, lassen es zweckmäßig erscheinen, das Feilbieten erst dann zu gestatten, wenn vom Reichsgesundheitsamt der Wert dieser Nährmittel festgestellt und ein Kleinhandelspreis bestimmt ist.

d) Der Mangel an verschiedenen Nahrungsmitteln nötigt zur Aufhebung des freien Marktes, um eine Einteilung der Bestände im Kleinverkauf vorzunehmen.

Dringend notwendig ist die gleichmäßige Einteilung von Kaffee, Kaffeeersatz, Tee, Zucker, Hülsenfrüchten, Reis. Auf Milch, Kakao und Nährmittel aus Reis, Roggen, Weizen, Hafer, Spelz und Gerste ist Kranken und Kindern ein Vorrecht des Bezuges zu gewähren.

e) Zu verbieten ist die Herstellung von Trinkbranntwein aus Materialien, die zur menschlichen Ernährung verwendbar sind.

f) Die Beschlagnahme von Lebensmitteln hat auf Anordnung der bereits geschaffenen Zentralgesellschaften für ihren Geschäftsbetrieb, im übrigen durch eine Reichsinstanz zu erfolgen.

g) Für alle Lebensmittel ist für Produzenten, Groß- und Kleinhandel ein Höchstpreis für das ganze Reich festzusetzen, und wenn erforderlich, die Verteilung für den Kleinhandel und die gleichmäßige Versorgung für die einzelnen Bezirke anzuordnen. Dabei ist Abstand zu nehmen von einer nachträglichen Steigerung der Höchstpreise, sofern nicht durch Verlust bei der Lagerung ein Ersatz gewährt wird.

h) Die Kontrollmaßnahmen zum Schutz des Publikums gegen Uebervorteilung sind zu verschärfen. Besonders ist darauf zu achten, daß die hohen Preise für ausländische Waren nicht auch für inländische Erzeugnisse gefordert werden.

Aus der Industrie

Ein Urteil über die Beschäftigung russischer Kriegsgefangener und russisch-polnischer Arbeiter in der Papierindustrie.

Der Krieg hat für viele Industrien einen empfindlichen Mangel an geübten männlichen Arbeitskräften gebracht, der zum Teil durch billige weibliche Arbeitskräfte und durch Heranziehung jugendlicher Arbeiter zu schwierigen Arbeiten auszugleichen versucht wurde. Nicht immer konnten die Unternehmer aus den Reihen der Arbeiterinnen und Jugendlichen Ersatz für die im Heere stehenden Arbeiter erhalten, da diese besonders den körperlich schweren Arbeiten nur unvollkommen vorstehen können. Aus diesem Grunde haben die Unternehmer die Zuteilung von Kriegsgefangenen zu industrieller Tätigkeit von der Militärbehörde gefordert, wobei allerdings die Sehnsucht nach möglichst billigen und willigen Arbeitskräften die Industriellen beseelt haben mag. Verschiedene Unternehmer gedachten durch Beschäftigung von Kriegsgefangenen die Forderungen ihrer Arbeiter nach Teurungszulagen niederzuhalten und scheuten sich nicht, ihren Arbeitern die Entlassung anzubieten und dafür Kriegsgefangene einzustellen.

Während der ersten Zeit des Krieges scheint die Beschäftigung Kriegsgefangener auch recht rentabel gewesen zu sein, konnte doch eine süddeutsche Zellstoffabrik, die 30 kriegsgefangene Russen als Holzschäler beschäftigte, in der ersten Hälfte des Jahres 1915 noch berichten, daß die vom Generalkommando festgelegten Bedingungen über Unterkunft, Ernährung und Entlohnung der Gefangenen so seien, daß „der Arbeitgeber dabei seine Rechnung finden kann". Die gewaltigen Preissteigerungen sämtlicher Lebensmittel und der sonstigen zum Lebensunterhalt benötigten Bedarfsartikel haben jedoch den Unternehmern die Freude an den „billigen Kriegsgefangenen" etwas verdorben, weshalb in letzter Zeit auch die Meinung laut geworden ist, daß die Verwendung Kriegsgefangener teurer sei als die Beschäftigung einheimischer Arbeiter. Durch diese Klagen erkennen die Unternehmer die Notlage ihrer Arbeiterschaft an, sintemalen die Arbeiter mit ihren Familien doch mindestens auf dieselbe Ernährung wie die Kriegsgefangenen berechtigten Anspruch erheben können. Es ist deshalb eine recht eigenartige Logik, wenn verschiedene Unternehmer über die hohen Unkosten für die Ernährung beschäftigter Kriegsgefangener klagen, zugleich aber der einheimischen Arbeiterschaft zumuten, mit niederen Löhnen den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu bestreiten. Nach einer Mitteilung der „Gewerkschaftsstimme" brachte es im vorigen Jahre die Direktion der Simoniusschen Zellstoffabrik in Kehlheim noch fertig, ihrer um Lohnerhöhung bittenden Arbeiterschaft die hämische Antwort zu geben: „Schämen Sie sich, in dieser ernsten Zeit eine Lohnzulage zu verlangen." Jetzt, nachdem die Beschäftigung Kriegsgefangener nicht mehr rentabel genug ist, erwacht in den Herzen der Unternehmer die Sehnsucht nach dem „alten heimischen Arbeiterstamm".

In Nummer 14 der „Papierzeitung" gibt ein Unternehmer seine Erfahrungen zum besten, die er mit kriegsgefangenen Russen sowohl als auch mit Arbeitern aus den besetzten Gebieten gemacht hat. Die russischen Gefangenen sind nach seiner Ansicht recht brauchbare und dankbare, allerdings ungeschulte Arbeiter, die nur zu gröberen Arbeiten verwendet werden können. Sie leisten die ihnen übertragenen Arbeiten mit voller Hingabe zur größten Zufriedenheit des Unternehmers, sind niemals mißmutig und für gute Verpflegung besonders dankbar. Viele sollen sogar Neigung bekundet haben, auch nach dem Kriege noch in Deutschland zu bleiben. Nach diesem Urteil ist die Beschäftigung russischer Kriegsgefangener ganz nach dem Herzen des Unternehmers ausgefallen.

Anders lautet das Urteil über die aus den besetzten Gebieten nach Deutschland importierten Arbeiter. Diese, meist Russisch-Polen, sind nach dem Urteil des Unternehmers „sehr verarmt und verwahrlost, daher auf Verdienst angewiesen, zumal sie meist Familien haben und wöchentlich Geld zu deren Unterhalt abführen müssen". Der bezahlte Lohn scheint infolge der hohen Lebensmittelpreise selbst den sonst recht bedürfnislosen Russisch-Polen zu niedrig gewesen zu sein, denn „einige versuchten sogar im Anfang die alten Arbeiter aufzuwiegeln, daß sie höheren Lohn beanspruchen oder weniger Arbeit leisten sollten".

Doch der Unternehmer wußte sich zu helfen, um diesen „freien Arbeitern" ihre revolutionären Allüren auszutreiben. Er rief einfach nach der Polizei, und die kam. Wie die Arbeiter nun zahm gemacht wurden, geht aus den folgenden Ausführungen des Unternehmers hervor: „Nur durch strenges Vorgehen unter Mitwirkung der Gendarmerie, die ihnen klar machte, daß sie unter den Kriegsgesetzen stehen und bei dem geringsten weiteren Vorfall abgeführt und mit Gefängnis bestraft werden, habe ich Ruhe bekommen."

Der Unternehmer war derartig erbost über das Vorgehen dieser Arbeiter, daß, „wenn kein Arbeitermangel wäre, er sie samt und sonders in ihre Heimat zurücksenden würde". Bei einigem Nachdenken läßt sich der Drang der russisch-polnischen Arbeiter nach mehr Lohn schon begreifen. Die Arbeiter erhalten im allgemeinen nicht mehr Lohn als die einheimischen, müssen wie diese die hohen Lebensmittelpreise bezahlen und noch Geld ihrer Familie in die Heimat senden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Haushalt der Familie eine doppelte Belastung erfährt, sobald der Ernährer außerhalb seines Wohnsitzes Verdienst suchen muß. Aus diesem Grunde verlangen die Arbeiter ja auch vom Unternehmer bei auswärtigen Arbeiten die sogenannten Montagezulagen, die übrigens jeder anständige Unternehmer seinen Arbeitern genau so von selbst gewährt, wie er sich verpflichtet fühlt, seinem Reisenden Reisespesen zu genehmigen. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Arbeitern aus besetzten Gebieten, nur daß diese keine Zulagen erhalten, sondern mit demselben Verdienst auskommen müssen wie der heimische Arbeiter. Heute liegen aber die Verhältnisse so, daß selbst der heimische Arbeiter mit den üblichen Löhnen kaum noch imstande ist, sich und seine Familie zu ernähren. Viel schlimmer daran ist aber der fremde Arbeiter, der zur Unterstützung seiner Lieben noch Geld in die Heimat senden soll. Der muß entweder hungern oder Lohnforderungen stellen.

Früher wurden besonders die russisch-polnischen Arbeiter gegen ihre deutschen Kollegen als fleißige, willige und genügsame Arbeiter ausgespielt und bei Lohnstreitigkeiten nach Deutschland importiert. Im Jahre 1910 wurden im Deutschen Reich allein 137 668 russische Staatsangehörige, vorwiegend dem Arbeiterstande angehörend, gezählt. Uebertroffen wurde die Zahl der russischen Einwanderer nur noch von solchen aus Oesterreich und Holland. Während des Krieges hat sich die Ansicht verschiedener Unternehmer über die Brauchbarkeit mancher ausländischer Arbeiter geändert, sie haben in dieser Hinsicht „umgelernt". Unser Unternehmer urteilt über die Brauchbarkeit seiner „freien russisch-polnischen Arbeiter" folgendermaßen: „Sie können sich an geordnetes Arbeiten, wie es hier üblich ist, nicht gewöhnen, und nur mit aller Strenge kann man erzielen, daß sie ihrem Lohn entsprechende Arbeit leisten." Wie verschiedene andere Unternehmer, so klagt auch dieser, daß dem Unternehmer die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, Gefangener und Zivilisten teurer zu stehen kommt als die heimischen.

Auf den Weg ins Leben.*)

(Ein Wort an die Jugend.)

Ein erfahrener Mensch will dir, mein lieber Freund, einige Worte sagen. Und er wäre froh, wenn du sie im Gedächtnis behalten würdest wie einen Bruder, der schon recht weit gekommen ist auf jenem Wege, den du erst betrittst.

Ich bitte dich — eines merke dir zum voraus: Wo und wenn dir irgend jemand [illegible] hat und [illegible] wird, du habest „Pflichten zum Staate, zum Vaterland, zur Gesellschaft" — glaube es ihm nicht, denn es ist nicht wahr. Die erste und größte Pflicht hast du dir selbst gegenüber. Daß du ein ganzer Mann wirst, daß du aus dir einen Menschen machst im wahren Sinne des Wortes. Alles andere ist Nebensache, denn es ist die Folge dieser ersten großen Pflicht. Als ganzer Mann und vollwertiger Mensch wirst du ein vollwertiges Glied der Gesellschaft [illegible] als auch der Nation sein. Und ein solch vollwertiges Glied gilt, wie du selbst weißt, mehr als Tausende und Tausende leerer Nullen.

Und du wirst dieses Ziel leicht erreichen. Wenn du deinen Körper sättigst, vergiß die Seele nicht! Auch deine Seele hat Hunger, und sie hat einen ewigen Hunger. Du mußt aber auf ihre Stimme hören und sie nicht unterdrücken. Unterdrücke sie nicht, sage ich dir noch einmal. Denn die Seele, das arme Ding, sie läßt sich unterdrücken, und sie läßt sich überschreien, aber dann [illegible] sie sich in eine Ecke, welkt und geht dir zugrunde. Du lebst [illegible] weiter, aber dieses Leben ist nicht mehr als das eines Tieres. Du arbeitest, um zu essen und du ißt, um arbeiten zu können.

Hörst deine Seele nicht? Sie hat Hunger, sie will essen — sättige sie! [illegible]

Mache dem Buche nun [illegible]. Das Buch ist der beste Freund, denn es nützt, es verlangt und verrät dich nicht. Das Buch ist der beste Gesellschafter, denn die besten Menschen gaben das Beste hinein, was sie in ihrem Leben hatten. Das Buch ist die beste Kost, denn es läßt dich nie auf die Stufe eines Tieres fallen.

Es wird auch die Zeit kommen, mein Freund, da du heiraten und eine Familie haben wirst. Aber auch dann darfst du in deiner Selbstbildung nicht aufhören. Denn die Zeit eilt mit Windesflügeln, und wer nicht mit ihr fliegt, der bleibt zurück, wird einer, mit dem man nicht rechnet. Und wie du dich selbst weiterbildest, führe auch deine Kinder. Sammle kein Geld für sie, doch bereue den letzten Heller nicht, den du für ihre Bildung brauchst. Lehre sie stolz sein, aber nur auf diese ihre Bildung, nicht auf ihren Stand, ihren Titel. Und mögen sie dann sein, was sie wollen, deine Kinder, in jeder Lebensstellung sollen sie das stolze Bewußtsein ihres „Ichs" tragen. Glaube mir, es wird ihnen dann keine Arbeit erniedrigend, kein Stand, der ihnen ihren Lebensunterhalt bieten soll, zu gering vorkommen. Die Bildung deiner Kinder sei das teuerste Erbgut, das du deinen Söhnen, und die schönste Mitgift, die du deinen Töchtern hinterläßt.

Werde nicht kleinmütig durch einen der Wechselfälle des Lebens: einen Menschen, der wie ein Rohr im Winde schwankt, den bricht das Leben. Einen Menschen aber, der fest ist, den macht es nur um so härter gegen alle Schläge des Schicksals; wie Eisen ist er — der hämmert es, damit es noch härter werde. Dann erst taugt's zu etwas.

Wenn du in irgendeiner Angelegenheit mit einem Menschen verkehrst, frage dich zuerst vor allen Dingen: Wie wünschte ich, daß man mit mir handelte, wenn ich an Stelle dieses Menschen wäre? Und danach, und nur danach handle auch mit ihm, und du wirst nie fehlgehen. Ich wiederhole es dir noch einmal — sei ein ganzer Mann, ein wirklicher Mensch! In allen Lebenslagen! Und alles andere wird dir von selber kommen. Du wirst ein guter Sohn deines Volkes werden, denn du wirst erkennen, daß dir diese Zugehörigkeit angeboren ist und daß du nicht anders sein kannst. Du wirst ein vollwertiges Glied deiner Nation sein, und wenn du stirbst, so werden deine Kinder hier stehen und nach ihnen ihre. Nur eine aus solchen Gliedern zusammengesetzte Nation stirbt nicht aus.

Ist ein jeder von uns aus Quarz,
So besteht die Nation aus Quadersteinen.

So sagt unser Dichter Neruda.

Soll ich dir noch „Glück" wünschen auf den Weg? „Glück?" . . . Das Leben ist eine Pflicht; lebe es ernst, wie es gelebt sein will und soll, und du wirst sehen, daß es genug angenehme Augenblicke enthält, die man „Glück" nennen kann. Aber die liegen nicht außerhalb des Lebens, sondern in ihm, die wachsen aus ihm heraus. Strebe danach, ein ganzer Mann und ein ganzer Mensch zu werden . . .

Mir wird es der größte Dank sein, wenn du einmal als Graukopf, wenn der Abend deines Lebens da sein wird, dich dieser meiner Worte erinnern und sagen wirst: Er hat recht gehabt, dieser Mensch!

*) Die vorstehenden Geleitworte schrieb der tschechische Dichter und Schriftsteller Machar auf Ersuchen der Vereinigung der Schmiedemeister in Prag zu dem Lehrbrief des Schmiedegewerbes.

Arbeiter, besonders wenn sie wie die Gefangenen voll verpflegt werden müssen. Zu dieser Frage äußert sich der Artikelschreiber folgendermaßen: „Billig sind weder die Gefangenen noch die aus besetzten Gebieten Herangezogenen, denn es ist unmöglich, die Gefangenen zu den von der Kommandantur festgesetzten Vergütungen für Unterbringung und Verpflegung bei den jetzigen Lebensverhältnissen gut zu verpflegen. Wir werden froh sein, nach Friedensschluß unsern guten alten Arbeiterstamm zurückzuerhalten."

Hoffentlich verstehen die Unternehmer auch nach dem Kriege „ihren guten alten Arbeiterstamm" stets zu schätzen und drohen nicht bei jeder Lohnbewegung, wie in vorburgfriedlichen Zeiten, mit dem Herholen der „billigen, fleißigen und willigen ausländischen Arbeiter". Als Arbeitgeber und Nährväter der Gefangenen haben sie ja die Unkosten kennen gelernt, die notwendig sind, um einen Arbeiter arbeitsfähig zu erhalten. Da viele Arbeiter noch eine oftmals mehrköpfige Familie zu erhalten haben, erhöhen sich diese Unkosten dementsprechend. Die Arbeitgeber werden nun hoffentlich aus ihrer Unterhaltungspflicht gegen die Kriegsgefangenen die Lehre ziehen, daß die einheimischen Arbeiter so entlohnt werden müssen, daß sie jetzt und in Zukunft in der Lage sind, sich und ihre Familien anständig zu ernähren, denn sie werden doch nicht wollen, daß „der gute alte Arbeiterstamm" unter schlechteren Lebensverhältnissen arbeitet als der vom Unternehmer beköstigte russische Kriegsgefangene. Oder doch? St.

Amerikanische Papierfabrikanten als Wohltäter.

Die Ausbeutung der Arbeiter ist in den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem berüchtigten „Taylorsystem" wissenschaftlich geregelt. Viel weniger Wissenschaft hat die herrschende Kaste Amerikas auf die Erhaltung der Gesundheit und des Wohlbefindens der Arbeiterklasse verwandt. Amerika gehört heute noch zu jenen Staaten, in denen vom sozialen Schutz der Arbeiterschaft nicht allzu viel zu spüren ist. Wie in allen kapitalistischen Staaten die Phrase von der persönlichen Freiheit der Bürger nur so lange Geltung hat, als unter diesem Motto die Ausbeutung der Arbeiter unbeschränkt geschehen kann, so auch in Amerika. Die amerikanischen Kapitalisten sind deshalb, wie auch viele deutsche Unternehmer, heftige Gegner jeder sozialen Gesetzgebung und suchen die Wunden, die der Kapitalismus der Arbeiterschaft geschlagen hat, nach deutscher Unternehmerart mit Wohlfahrtseinrichtungen zu verkleistern.

Eine solche Wohlfahrtseinrichtung hat vor kurzem die Kimberly Clark Co. durch Einrichtung von ärztlichen Werkstätten in ihren Papierfabriken in Neenah und Appelton getroffen. Die Firma hat für jede Fabrik einen Fabrikzahnarzt angenommen, der wöchentlich an drei halben Tagen die Zähne der Arbeiterschaft untersuchen und Zahnersatz, resp. Zahnausbesserungen herstellen soll. Damit der Firma ihre Wohltätigkeit nicht allzu teuer zu stehen kommt, vergütet sie ihren Angestellten und Arbeitern 25 Prozent der Zahnrechnungen bis zu einem jährlichen Betrage von 25 Dollar. Um die Freizügigkeit der Arbeiterschaft hochzuhalten, kann dieselbe auch zu andern Zahnärzten in Behandlung gehen, — wenn der Fabrikzahnarzt seine Erlaubnis dazu gibt. Selbstverständlich wurde diese Wohlfahrtseinrichtung nicht deshalb getroffen, um der Firma Kosten daraus erwachsen zu lassen, sondern, wie sich der deutsche Fabrikdirektor im Auslande so geschmackvoll ausdrückte, um die Arbeiterschaft in wohlwollender Weise an den Betrieb zu fesseln.

Scheidemandel.

Die Aktiengesellschaft für chemische Produkte, vorm. H. Scheidemandel, ist ein rechtes Musterbeispiel für den geradezu unersättlichen Ausbreitungsdrang der chemischen Industrie. Das Unternehmen wurde 1895 in Landshut gegründet. Drei kleine Unternehmungen in Landshut und Haßfurt bildeten den Grundstock der Gesellschaft. Verarbeitet werden hauptsächlich Knochen, erzeugt werden Dünger, Leim, Futterkalk usw. Schon bald nach der Gründung begann die Angliederung bzw. Aufsaugung von gleichartigen Unternehmungen. 1896 wurde die chemische Produktenfabrik in Königsberg a. d. Eger, 1898 die chemische Fabrik in Lehröberg, 1900 die Fabrik von R. Röhr in Allendorf a. d. Werra hinzugekauft. (Letztere ist ebenso wie die Haßfurter Fabrik 1905 wieder veräußert.) Vom 1. Februar 1904 an wurden die chemischen Fabriken A. Brauer, Lüneburg, W. Berliner, Ohlau, und H. Neudeck, Berlin-Heiligensee, erworben. Mit der Fabrik für Knochenverarbeitung in Heiligensee ist eine große Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik verbunden, welche an die Union, Fabrik chemischer Produkte, in Stettin verpachtet wurde. Im Dezember 1906 wurde die chemische Fabrik von Adolf Neldert in Tangermünde angekauft. 1907 Ankauf der Fabriken von Louis Spirius Nachf. in Wipperfürth, W. Kohn in Wilhelmsberg, Vereinigte chemische Fabriken, Aldenhoven, „Union", Fabrik chemischer Produkte, Dammkrug b. Königsberg i. Pr., chemische Fabrik Egerpohl, G. m. b. H., Cramer u. Buchholz, Gogarten b. Rönsahl, 1908 Erwerb der Fabrik A. C. Clement in Rostock, 1909 Pachtung der chemischen Fabrik Schierstein Otto u. Cie. auf 10 Jahre und Kauf der Fabrik von W. H. Otto in Metz.

Mit den steten Neuerwerbungen wurde der Zweck verfolgt, den ganzen inländischen Knochenmarkt zu beherrschen und die Preisstellung für Knochenerzeugnisse eigenmächtig festsetzen zu können. Da in den von der Gesellschaft erworbenen Betrieben etwa 10 000, in ganz Deutschland aber nur etwa 15 000 Waggons Knochen verarbeitet werden, hat sie ihr Ziel fast erreicht.

Der Einfluß der Gesellschaft reicht aber viel weiter als ihr direkter Besitz. Sie hat eine ganze Reihe von Unternehmungen im In- und Auslande durch „Beteiligungen" so eng an sich gekettet, daß sie deren Geschäftsgebaren entscheidend beeinflussen kann. Vor allem hat sie sich Einfluß verschafft auf die Unternehmungen und Gesellschaften, die den Knochenhandel organisiert haben. So beteiligte sie sich an der Zentral-Gesellschaft für chemische Industrien m. b. H. in Berlin, der Colla, G. m. b. H., in Berlin, der Compra, G. m. b. H., in Berlin, der Cutis Fleischhauer-Produkte-Verwertungs-A.-G. in Budapest, der Société anon. Produits Chimiques de Hasselt in Brüssel, der Société anon. de Gélatines in Brüssel-Vilvorde, der Société française d'industrie chimique, Paris, dem Etablissement Jondrain Soc. anon., Paris, der Comptoirs-Ges. zum Handel mit Rohmaterial der Leimindustrie m. b. H., Berlin, der Ceres, A.-G., für chemische Produkte, Berlin-Ratibor, der Rohprodukten-Handels-Gesellschaft m. b. H., Berlin, der Wilhelmsburger chemischen Fabrik, Hamburg, L. Pahl, G. m. b. H., in Magdeburg, G. Reukranz, A.-G. für chemische Produkte, Salzwedel, Fattinger u. Ko., A.-G., Wien. Mitte 1911 hat die Gesellschaft die beiden französischen chemischen Fabriken Germain u. Ko. in Paris und Tancrede in Paris sowie Collette in Revers erworben und rekonstruiert. Sie hat für den Betrieb dieser Unternehmungen zwei eigene französische Gesellschaften gegründet, an welchen sie sich mit einem entsprechenden Kapital beteiligte. Ferner hat die Gesellschaft eine Interessengemeinschaft mit den russischen chemischen Fabriken gebildet. Endlich hat sie die Anteile der Fabrik Münchner Fleischhauer und Gastwirte (Chemische Fabrik für Knochenverwertung, G. m. b. H.) erworben und die Fabrik ihrem Betriebe angegliedert.

Mitte 1912 beteiligte sich die Scheidemandel-Gesellschaft an der Gründung der Société auxiliaire de l'Industrie chimique in Antwerpen, indem sie von den 12 Millionen Frank Aktienkapital dieser Gesellschaft die Mehrheit erwarb. Die so unter ihren Einfluß gebrachte Gesellschaft kaufte dann der „Scheidemandel" verschiedene Patente und Verfahren für drei Millionen Frank und verschiedene Beteiligungen, besonders russische, ab.

Im Jahre 1905 wollte die Scheidemandel-Gesellschaft sich die Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Wien einverleiben. Dazu versagte die österreichische Regierung die Genehmigung. Das nutzte ihr jedoch nichts, denn die österreichische Gesellschaft tauschte nunmehr ihre Aktien gegen solche der Scheidemandel-Gesellschaft freiwillig ein. Dabei wurden allerdings für je 14 000 Kronen Aktien der österreichischen nur 3000 Mk. der deutschen Gesellschaft gegeben.

Die geradezu lawinenartige Vergrößerung erforderte natürlich fortwährenden Kapitalzuschuß der Aktionäre. Gegründet wurde die Gesellschaft mit 1¼ Millionen Mark Kapital. Im ersten Jahre nach der Gründung erfolgte schon eine Erhöhung um 300 000 Mk.; die nächste Erhöhung erfolgte 1903, die weiteren in ganz kurzen Abständen. 1911 betrug es schon 11 Millionen Mark. Die Verzinsung des Aktienkapitals war bis 1912 hoch; der niedrigste Zinsfuß seit der Gründung betrug 5 Prozent, in den Jahren 1907 bis 1912 wurden immer 10 bis 15 Prozent gezahlt. Dann kam plötzlich ein starker Rückschlag. Das Betriebsjahr 1912/13 brachte nur einen Rohüberschuß von etwa 200 000 Mk., der sich nach Vornahme der erforderlichen Abschreibungen in einen Verlust von fast 8 Millionen Mark verwandelte. Dieser Verlust konnte noch aus den angesammelten Reserven gedeckt werden. Das nächste Betriebsjahr brachte noch einmal ein ähnliches Ergebnis. Infolgedessen konnte eine geplante weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Millionen Mark nicht stattfinden. Vielmehr mußten die Aktien im Verhältnis von 4:1 zusammengelegt werden. Es wurde eine neue Verwaltung gewählt und die ermahnte, sich „von der übertriebenen Ausbreitung fernzuhalten". Womit gesagt ist, daß der finanzielle Mißerfolg eine Folge des Strebens nach der Beherrschung des nationalen und internationalen Marktes gewesen ist.

Die neu aufgebaute Gesellschaft hat nunmehr ihren Bericht für das Geschäftsjahr 1914/15 herausgegeben. Daraus geht hervor, daß der Krieg auch dieses Unternehmen günstig beeinflußt hat. Einmal sind die Preise für Leim, künstlichen Dünger usw. erheblich gestiegen, dann aber hat die Gesellschaft verschiedene Kriegsprodukte hergestellt, darunter einen Eiweißersatz, der sich bewährt haben soll. Der Bericht versichert allerdings, die Gesellschaft habe „aus allgemeinen Gründen auf manchen Vorteil verzichtet, z. B. in der Preisstellung", man weiß jedoch, daß dabei Versicherungen mit einem großen Körnchen Salz entgegengenommen werden müssen. Jedenfalls hat die Gesellschaft einen Betriebsgewinn von 453 670 Mk. erzielt, aus dem die Aktionäre sechs Prozent Dividende haben sollen. Die weitere Entwicklung des Unternehmens wird von der Leitung sehr günstig beurteilt. Bemerkenswert ist die Versicherung, daß der Gesellschaft „Erweiterungsgelüste" völlig fern liegen. Darin kommt die Scheu des gebrannten Kindes zum Ausdruck. Es ist allerdings erklärlich, daß die Gesellschaft nach ihren Erfahrungen in dem allzu rücksichtslosen Erweiterungsdrang ein Haar gefunden hat.

Warnung vor nitrosen Gasen.

In den Munitionsabteilungen der Kaiserlichen Werft ist folgende Bekanntmachung angeschlagen, deren Beachtung wir unsern Mitgliedern angelegentlichst empfehlen:

Achtung!

Salpetersäure ist eine sehr stark ätzend wirkende Säure. Beim Arbeiten mit Salpetersäure kommt es gelegentlich zur Bildung sogenannter brauner oder roter Dämpfe, deren Einatmung auch in kleinen Mengen schwere Schädigungen der Gesundheit herbeiführen kann. Die verderbliche Wirkung dieser Dämpfe zeigt sich oft erst mehrere Stunden nach Einatmung derselben.

Um die mit Salpetersäure Arbeitenden vor Gesundheitsschädigungen zu schützen, sind folgende Verhaltungsmaßregeln streng zu beachten:

1. Es sind Schutzbrillen und Handschuhe zu tragen.
2. Nach Einatmung brauner oder roter Dämpfe ist auch bei völligem Wohlbefinden sofort ein Arzt aufzusuchen.
3. Alkoholische Getränke sind zu vermeiden; da diese die schädliche Wirkung der giftigen Gase erhöhen.
4. Ausgelaufene oder verschüttete Salpetersäure ist sofort mit viel Wasser zu verdünnen und abzuspülen. Niemals darf sie durch Aufstreuen von Sägemehl, Asche, Erde usw. oder durch Aufnehmen mit Putzwolle oder Lappen beseitigt werden.

Bleivergiftungen.

In der „Zeitschrift für angewandte Chemie" teilt der Vertrauensarzt der Neukölner Ortskrankenkasse Dr. J. Schönfeld mit, daß er durch mikroskopische Blutuntersuchungen festgestellt habe, daß von 263 Schriftsetzern 26 bleikrank waren, ebenso von 99 Gießern 48 bleikrank, von 44 Buchdruckern 5, von 144 Puderinnen in keramischen Buntdruckereien 134, von 249 Malern, Lackierern und Anstreichern 92, von 20 Lithographen und Steindruckern 3, von 19 Galvanoplastikern 6, von 32 in Anilinfabriken Beschäftigten 14, von 16 in Klempnereien beschäftigten Bleilötern 4, von 3 Mennigarbeitern 2, von 5 Bleigießern und Schriftschleifern 2 und von 87 in andern Industriezweigen mit Bleiarbeiten Beschäftigten 15 mit Bleivergiftung befallen waren. Besonders zahlreich sind die Bleivergiftungen bei den in keramischen Buntdruckereien beschäftigten Puderinnen. Bis vor kurzem war in diesen Betrieben von Bleierkrankungen nichts bekannt, es war auch nicht auf sie geachtet und die Kontrolle eine ganz ungenügende.

Aus der belgischen Ziegelindustrie.

Im „Belgischen Kurier", den uns Kollege Koß (Hamburg) aus Belgien zusandte, finden wir eine auch für unsere deutschen Ziegelei-kollegen ganz lesenswerte Abhandlung über die Ziegelindustrien in Belgien. Nach einem kurzen Hinweis auf das Darniederliegen der Steinbrüche infolge der geringen Beanspruchung heißt es:

Auch in der Backstein- und Ziegelindustrie ist die Lage nicht erfreulich. Das ist nicht ausschließlich auf die Folgen des Krieges zurückzuführen. Bereits vor Kriegsbeginn kam es in der belgischen Backsteinindustrie zu einer Krise. Im März 1914 war nämlich ein Erlaß erschienen, der im Interesse der Landwirtschaft sowie der Volksgesundheit den Betrieb der Ziegeleien mit offenen Oefen einschränkte. Unter den 1517 Ziegeleien, die vor dem Kriege in Belgien in Betrieb waren, gab es nämlich nur 110 mit geschlossenen, insbesondere Hoffmannschen Oefen. Nun bestimmte der Erlaß, daß die offenen Oefen nur vom 15. August bis 31. Dezember jeden Jahres in Betrieb stehen dürften. Dadurch wurde die Tätigkeit der kleineren Ziegeleien stark gehemmt.

Insgesamt nahezu zwei Milliarden Backsteine wurden vor dem Kriege jährlich in Belgien hergestellt. Davon allein in der Provinz Antwerpen 1100 Millionen. Die Ausfuhr betrug gegen 200 Millionen jährlich, war aber seit einigen Jahren zurückgegangen, da Frankreich durch sehr hohe Zölle die Einfuhr de facto unterbunden hatte. So blieb im wesentlichen nur Holland als Absatzgebiet für die „Waisen" und die Backsteine von Boom und dem Kempenlande übrig.

Die belgische Backsteinindustrie beschäftigte mehr als 15000 Arbeiter, allein über 6000 im Zentrum dieser Industrie: in Boom, Rumpst, Niel und Terhagen. Einen starken Prozentsatz stellen Mädchen und Frauen, gelegentlich auch Kinder. Die jungen Mädchen pflegen hierbei die außerordentlich anstrengende Arbeit des Auseinanderlegens und Umwendens der Backsteine zu verrichten. Die Arbeiter stießen sich häufig gegen diese Tätigkeit: sie seien nicht geschmeidig genug um sich einige dutzendmal täglich zu bücken. Es soll vor dem Kriege oft schwer gewesen sein, genügend Arbeitskräfte zu bekommen. Das ist mit ein Grund dafür, daß auch in Belgien bei der Backsteinherstellung immer mehr die Hand durch die Maschine ersetzt wird. Die Betriebe, die noch handgestrichene Ziegel herstellen, können gegen den Wettbewerb der viel billiger arbeitenden maschinell betriebenen Ziegeleien nicht aufkommen.

Wohin es führt.

Ueber die Bestrebungen der Zementfabrikanten, eine Steuer auf Zement, verbunden mit einer Erschwerung der Neugründung von Zementfabriken, zu erreichen, haben wir schon wiederholt berichtet. Ebenso darüber, daß in der Ziegelindustrie ähnliche Forderungen und Vorschläge schon vor dem Kriege aufgetaucht sind und kürzlich erneut erhoben und begründet wurden. In der „Deutschen Töpfer- und Zieglerzeitung" weist nun ein Fachmann darauf hin, daß eine solche Steuer nur zum Schaden der Industrie ausschlagen würde, wenn nicht gleichzeitig auch die Ersatzstoffe für Ziegel bestimmt würden. Denn sonst würde eben das bauende Publikum zu den unversteuerten Ersatzstoffen greifen. Dann zeigt er auch, welche Konsequenzen aber eine Forderung auf Besteuerung der Ersatzstoffe haben würde. Dazu wählt er ein beredtes Beispiel, nämlich drei Antworten, die bei der „Deutschen Bauzeitung" auf die Frage, welches Material sich am besten zur Bedeckung einer Eisenbetonkuppel eigne, eingingen. In den Antworten werden nämlich nicht weniger als 12 Dachbedeckungsstoffe angegeben, die also alle Ziegel ersetzen sollen. Ein halbes Dutzend in den Antworten nicht genannte Ersatzstoffe führt der Fachmann selbst noch an. Er verweist dann auf die Schwierigkeiten, die einer Besteuerung all dieser Ersatzstoffe entgegenstehen und knüpft daran die Auffassung, daß eine Ziegelsteuer nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Ziegelindustrie ausschlagen würde.

Organisationsstreben der Blumenfabrikanten.

Die Sebnitzer Blumenfabrikanten haben sich eine Einkaufsvereinigung geschaffen. Auf Anregung und unter Mitwirkung des Schriftleiters der Zeitschrift „Künstliche Blumen" fanden zum Zwecke der Beratung von Fachfragen aller Art einige Besprechungen der Fabrikanten in Sebnitz statt, in denen die Gründung einer Vereinigung zum gemeinsamen Rohstoffeinkauf beschlossen wurde. Die Vereinigung wurde als Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht gegründet. Jedes Mitglied zahlt 100 Mk. als Geschäftsanteil und haftet für weitere 500 Mk. An Nichtmitglieder soll nicht geliefert werden. Der Vorsitzende im Aufsichtsrat wurde Emil Goldecker, in Firma Paul Hölzel, Neustadt.

Die erste Zusammenkunft der Fabrikanten sollte sich, nach der vorgeschlagenen Tagesordnung, auch mit der Einführung von Einheitslöhnen für die beschäftigten Arbeitskräfte beschäftigen. Da an einer solchen Beratung die Arbeiter und Arbeiterinnen der Blumenindustrie hervorragend interessiert sind, ersuchte der Vorstand unsres Verbandes den Einberufer um das Recht der Teilnahme an der Zusammenkunft. Das wurde jedoch abgelehnt. Infolgedessen wissen wir nicht, ob über diese Frage tatsächlich beraten wurde und was dabei herausgekommen ist. Jedenfalls zeigt aber schon die Tatsache, daß eine solche Frage auf die Tagesordnung gesetzt wurde, daß die Blumenfabrikanten sich es voraussichtlich mit einer Einkaufsvereinigung auf die Dauer nicht genügen lassen werden. Womit wir sagen wollen, daß die Arbeiterschaft der Blumenindustrie gut tut, sich durch Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter vor unangenehmen Ueberraschungen zu sichern.

Ein feines, süßes Geschäft.

Die Verwaltung der Schwartauer Zuckerraffinerie und Honigwerke gibt jetzt bekannt, daß das Kapital der Gesellschaft um eine Million Mark erhöht werde. Dazu schreibt sie:

„Zur Durchführung der Kapitalserhöhung soll ein dem Nennwert nebst den Kosten der Erhöhung entsprechender Teil des Betriebsmittel-Verstärkungssatzes für die Aktionäre zwecks Einbringung auf die jungen Aktien abgesondert bzw. an die ihr Bezugsrecht nicht ausübenden Aktionäre ausgekehrt werden."

Uebermäßig klar ist der Bandwurmsatz gerade nicht. Das soll er aber auch gar nicht sein. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Verwaltung des Unternehmens nicht ohne Absicht ihre Mitteilung so formuliert hat, daß eben nur Eingeweihte klug daraus werden. Weil wir aber der Meinung sind, daß die Arbeiter ein berechtigtes Interesse daran haben, zu erfahren, mit welchem Raffinement zuweilen die Gewinne den Aktionären zugeschoben werden, übersetzen wir den Satz in verständliches Deutsch. Er würde dann etwa so lauten:

„Die Aktionäre erhalten für eine Million Mark neue Aktien. Sie brauchen dafür jedoch keinen Pfennig zu bezahlen, die Million wird vielmehr aus den als Reserven aufgehäuften Gewinnen aus früheren Jahren entnommen. Aktionäre, die keine neuen Aktien geschenkt haben wollen, erhalten den entsprechenden Betrag in bar ausgezahlt."

So ausgedrückt, sagt die Mitteilung auch dem in die kapitalistischen Schliche und Kniffe nicht Eingeweihten, da den Aktionären eine Million auf Umwegen in die Tasche gesteckt werden soll. Außerdem soll durch die Erhöhung des Aktienkapitals die Dividende künstlich herabgedrückt werden. Da das Kapital der Gesellschaft bisher 1 Million Mark beträgt, wird die Dividende sich in Zukunft auf die doppelte Summe verteilen, also nur halb so hoch werden. Der ganze große Rebbach des Unternehmens aber ist — und das ist das Bemerkenswerteste — in der Kriegszeit gemacht worden. In den letzten Jahren vor Kriegsausbruch blieb das Unternehmen sogar dividendenlos, für 1914/15 konnte es dagegen schon 16 Prozent Dividende verteilen und große Rückstellungen machen. Das neue Geschäftsjahr läßt sich wahrscheinlich noch besser an, und deshalb die Extraausschüttung von 1 Million Mark gleich 100 Prozent Dividende. Ja, ja, das ist ein feines, ein süßes Geschäft.

Genossenschaftswesen.

Die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1915.

Die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Konsumgenossenschaften stieg von 1 717 519 auf 1 849 434, also um 131 915. Auch der Umsatz im eigenen Geschäft erfuhr eine Zunahme, nämlich von 492 980 519 auf 493 569 933 Mk. oder um 589 414 Mk. Diese Zunahme ist um so bemerkenswerter, als ein sehr großer Teil der kaufkräftigsten Konsumenten zu den Fahnen eingezogen worden ist. Zum Teil wird er allerdings auch bedingt durch die höheren Preise, die jedoch gerade im ersten Kriegsjahr nicht in dem Maße zur Geltung kamen, wie es später der Fall gewesen ist.

Eine ganz erfreuliche Zunahme hat die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften erfahren, nämlich von 106 589 789 auf 120 070 000 Mk. oder um 13 680 211 Mk. In Eigenproduktionsabteilungen betreiben die Konsumgenossenschaften durchweg Bäckereien, einige wenige auch Schlachtereien und Mühlenbetriebe, die große Mehrzahl hingegen Mineralwasserfabrikation. Auch kommen sonst noch einige kleinere Produktionszweige in Betracht.

Die Kapitalkraft der Konsumgenossenschaften ist auch während des ersten Kriegsjahres stark gewachsen. Das Geschäftsguthaben erhöhte sich von 33 772 099 auf 36 331 064 Mk. oder um 2 558 965 Mk., die Reserven von 25 083 187 auf 29 356 967 Mk. oder um 4 273 780 Mk. und sogar die Spareinlagen der Mitglieder von 80 243 901 auf 85 247 837 Mk. oder um 5 005 936 Mk.

Die Konsumgenossenschaften bilden den weitaus größten Teil der an die Revisionsverbände angeschlossenen Genossenschaften. Eine verhältnismäßig nur kleine Gruppe bilden die Arbeits- und sonstigen Genossenschaften. Von größerer Bedeutung sind unter diesen nur einige Bäckereigenossenschaften und die rheinisch-westfälische Holzindustrie. Die Zahl der angeschlossenen Arbeits- und sonstigen Genossenschaften ging von 38 auf 33, die Zahl der berichtenden von 38 auf 31 zurück. Die Mitgliederzahl dieser Genossenschaften erfuhr einen Rückgang von 10 975 auf 10 128, hingegen der Umsatz im eigenen Geschäft eine Zunahme von 11 065 534 auf 13 483 124 Mark, der zugleich mit dem Umsatz in der Eigenproduktion identisch ist. Die Entwicklung der Kapitalkraft dieser Arbeits- und sonstigen Genossenschaften ergibt ein schwankendes Bild.

Insgesamt ergibt sich für den Zentralverband deutscher Konsumvereine in seinen sämtlichen Gruppen, nämlich Konsumgenossenschaften, Arbeits- und sonstigen Genossenschaften, Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. und Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine m. b. H. folgendes Bild: Die Zahl der Mitglieder stieg von 1 729 858 auf 1 860 962 oder um 131 104. Der Umsatz im eigenen Geschäft erfuhr einen Rückgang von 665 064 768 auf 663 153 901 Mk. oder um 1 910 867 Mk. Der Wert der Eigenproduktion erhöhte sich von 151 425 271 auf 155 822 024 Mk. oder um 24 396 753 Mk.

In gleicher Weise wurde die Kapitalkraft der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung gestärkt. Das Geschäftsguthaben stieg von 43 042 007 auf 45 491 670 Mk. oder um 2 449 663 Mk., die Reserven von 34 769 027 auf 41 444 984 Mk. oder um 6 675 957 Mk. und desgleichen die Anteile und Spareinlagen von 106 440 464 auf 112 323 052 Mark oder um 5 882 588 Mk. Insgesamt erhöhte sich das eigene Kapital und das von den Mitgliedern anvertraute Kapital sämtlicher genossenschaftlicher Organisationen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von 184 251 498 Mk auf 199 259 706 Mk. oder um 15 008 208 Mark bzw. um 8,1 Prozent.

Das sind Zahlen, die ein Bild geben von dem Umfang, den die moderne deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten angenommen hat. Sie gewähren auch einen Ausblick in die Zukunft und zeigen uns, welche Möglichkeiten dieser Bewegung noch offenstehen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente.

Die Regierung hat nunmehr, einem Beschluß des Reichstags folgend, einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Altersgrenze eingebracht. Während bisher Altersrente aus der Alters- und Invaliditätsversicherung erst nach Zurücklegung des 70. Lebensjahres gezahlt wird, soll sie nach der Vorlage schon vom 65. Lebensjahre an gezahlt werden. In der Begründung wird angeführt, daß die Belastung des Reiches durch die Herabsetzung der Altersgrenze früher überschätzt worden ist. Nach neueren Berechnungen beträgt sie nur etwa 5 Millionen Mark jährlich. Es ist nicht unwesentlich, zu betonen, daß Genosse Molkenbuhr diese Ueberschätzung der finanziellen Wirkungen einer Herabsetzung der Altersgrenze schon früher behauptet und entgegen den Versicherungsmathematikern der Regierung die Ausgabe des Reiches auf ungefähr den Betrag angegeben hat, der sich jetzt nach den neueren Berechnungen tatsächlich ergibt. Man wird sich das für die Zukunft merken müssen.

Gleichzeitig mit der Herabsetzung der Altersgrenze soll eine, allerdings sehr geringfügige Verbesserung der Bezüge der Waisen eintreten. Bisher wurden bei Waisenrenten für die erste Waise drei Zwanzigstel, für jede weitere ein Vierzigstel der Rente, die der verstorbene versicherte Ernährer hätte beziehen können, von der Versicherungsanstalt gezahlt. In Zukunft soll für die erste Waise der alte Satz bestehen bleiben, für die weiteren soll statt ein Vierzigstel ein Zwanzigstel gezahlt werden. Ins Gewicht fällt diese Aenderung, wie schon gesagt, nicht.

Mehr ins Gewicht fällt die Erhöhung der Beiträge um 2 Pf. in jeder Klasse, die gleichzeitig von der Regierung vorgeschlagen wird. Es will uns nicht recht einleuchten, daß die geringfügigen Verbesserungen eine solche Beitragserhöhung nötig machen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Kolberg i. P. Die Holzschneidemühle des Herrn Stadtrats Platzer zahlt seit dem 15. März d. J. eine Kriegsteuerungszulage von 5 Pf. pro Stunde. Wären diese Lohnzulagen im Frieden bei normalen Zeiten gemacht, dann wäre der Arbeiterschaft sehr damit geholfen gewesen; aber jetzt bei diesen teuern Zeiten ist die an sich ganz angenehme Zulage doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, weil sie die kolossale Lebensmittelteuerung am Orte doch nicht wettmacht. Immerhin erkennen wir das Entgegenkommen des Herrn Platzer an und hoffen, daß auch die andern Firmen am Orte diesem guten Beispiel bald folgen. H. Tr.

Leipzig. (Quartalsbericht.) Erfreulicherweise war das Verbandsleben der Zahlstelle auch in diesem Jahre im ersten Quartal recht rege. Im Vordergrunde standen wieder die Bestrebungen zum Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung. Durch das Drängen des Verbandes konnte wieder manche Mark für die Verbandsmitglieder und darüber hinaus auch andern Kreisen zugute kommend, herausgeholt werden. Die Erkenntnis, daß den gestiegenen Lebensmittelpreisen ein entsprechender Lohnausgleich gegenübergestellt werden muß, ist unter einem Teile der Unternehmer leider immer noch schwach entwickelt, denn es wurden oft die größten Schwierigkeiten gemacht, ehe eine Teuerungszulage erfolgte.

Bei der Firma G. Najork, Chromopapier, A.-G., waren seit Ausbruch des Krieges keine Zulagen erfolgt; kein Wunder, daß die Arbeiterschaft den Teuerungsdruck besonders stark empfand. Es erforderte aber erst große Mühen der Verbandsleitung sowie des Arbeiterausschusses, ehe sich die Direktion entschloß, der Arbeiterschaft mit einer geringen Zulage, wöchentlich 1 Mk. für Arbeiter und Arbeiterinnen, unter die Arme zu greifen. Die Zulage ist als „vorläufig" bezeichnet worden, vielleicht entschließt sich die Direktion zu etwas mehr, wenn die Herren Aktionäre die [illegible] Dividende von 4 Prozent abgehoben haben. — Bei der Firma F. Harazim, Chromopapierfabrik, ist der Tarifvertrag um ein Jahr verlängert worden, jedoch hat sich die Firma entgegenkommenderweise bereit erklärt, für die Männer 2 Mk. und für die Frauen 1 Mk. neben der tariflichen Zulage extra wöchentlich zu zahlen. — In der Seifenfabrik von Gontard u. Henny, A.-G., erhielten die Arbeiter eine „Kartoffelzulage" in der Höhe von 20 bis 60 Mk. — Auf Betreiben des Arbeiterausschusses der Firma Berger u. Wirth, Farbenfabrik, erhielten die verheirateten Arbeiter eine Kinderzulage von 1 Mk. pro Kind. Um die Benachteiligung der Ledigen und kinderlosen Eheleute zu beseitigen wurde der Arbeiterausschuß wieder vorstellig mit dem Erfolge, daß eine einmalige Zulage von 15 Mk. gewährt wurde. — In der Konservenfabrik von Kny u. Evert wurde der Stundenlohn für Arbeiterinnen von 20 auf 25 Pf. und darüber erhöht; für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurden 30 Pf. pro Stunde [illegible].

Sehr eigentümlich benahm sich die Firma Paul Augustin, Konservenfabrik, als auch hier die Arbeiterschaft den Versuch unternahm, die sehr niedrigen Löhne aufzubessern. Dieser Betrieb arbeitet für die Militärverwaltung und zahlt dabei den Arbeiterinnen den niedrigen Lohn von 17 Pf. pro Stunde. Einige Arbeiterinnen, die in Akkord arbeiten, sollen 13 bis 14 Mk. pro Woche verdient, das war „zuviel", denn es wurden sofort Abzüge gemacht. Eine Eingabe der Verbandsleitung wurde ablehnend beantwortet mit der Begründung, unsere Vertrauensperson habe in der Versammlung falsche Angaben gemacht, [illegible] Falsche Angaben! und dabei [illegible], daß die Arbeiterinnen sehr oft mit 6 oder 7 Mk. Wochenlohn zu Hause gehen müssen. Leider ist die Furcht vor den Entlassungen so groß, daß die Beschäftigten sich nicht getrauen, ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten.

Recht verbesserungsbedürftige Zustände wurden in der Kunsthonigfabrik von Th. Zink festgestellt. In dem Betriebe werden zahlreiche Kinder zwischen 14 und 15 Jahren beschäftigt, und zwar in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 9 und 10 Uhr abends! Auch Sonntags muß gearbeitet werden; oft von 7 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags, ja bis 7 Uhr abends. An Lohn wurden pro Stunde 11 Pf. gezahlt! Unser Arbeitersekretär hatte die Meinung, daß eine Anzeige erfolgen [illegible], daß in Zukunft die Arbeiterinnen nicht mehr solange beschäftigt werden sollen; es sollen [illegible] Arbeiterinnen eingestellt werden, die so lange beschäftigt werden können, „wie es das Gesetz jetzt erlaubt". Ueber andere Angelegenheiten in diesem Betriebe soll [illegible] nichts gesagt werden. — Eine Eingabe an die Firma Kley, Sunderlich u. Co., Kunsthonigfabrik, zeitigte das Ergebnis, daß die Firma am 31. März eine Lohnzulage eintreten lassen wollte, aber „freiwillig", ohne unser Zutun.

An eine Anzahl Fabrikanten künstlicher Blumen und Federn wurde ebenfalls eine Eingabe gemacht. Diese [illegible] zu zeigen, denn es erfolgte von keiner Firma eine Antwort. Trotzdem sind Zulagen bis zu zehn Prozent erfolgt.

Schließlich nahmen auch die Zement- und Kunststeinarbeiter Stellung zum Ablauf ihres Tarifvertrags; er wurde nicht gekündigt, jedoch wurde an die [illegible] des Arbeitgeberverbandes [illegible], während der Dauer des Krieges für Zementer 80 Pf. und für [illegible] und Hilfsarbeiter 70 Pf. Stundenlohn zu zahlen, das sind 10 Pf. pro Stunde mehr, als tariflich festgelegt war. Dem Verlangen wurde ohne Schwierigkeiten stattgegeben.

Bei der Firma May u. Edlich, [illegible], konnten wir durch unser Eingreifen bewirken, daß den [illegible] Entlassungen von Arbeiterinnen Einhalt geboten wurde und die schon ausgesprochenen Kündigungen einer Anzahl älterer Arbeiterinnen zurückgenommen wurden. In einer Anzahl Betriebe konnten wir außer den Angeführten einen wesentlichen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben.

Die Mitgliederbewegung war, wenn man die bestehenden Verhältnisse in Betracht zieht, recht günstig. Die Mitgliederzahl hat sich von 2199 auf 2236 erhöht; darunter befinden sich 168 Neuaufnahmen. Durch Hausagitation wurde namentlich in dem Bezirk Rötha erfolgreich gewirkt; hier konnten 30 neue Mitglieder gewonnen werden. Ein Teil der erhöhten Mitgliederzahl ist auf Entlassungen aus dem Militärverhältnis zurückzuführen. Es hat sich als praktisch erwiesen, daß die Hauskassierer mit den Angehörigen der Eingezogenen in Verbindung bleiben, denn dort, wo das nicht geschehen ist, erfolgten vielfach auch die Anmeldungen der Entlassenen nicht.

An die Kassierer werden in nächster Zeit wieder erhöhte Anforderungen gestellt werden; es ist geplant, eine allgemeine Statistik über die Lohn- und Lebensbedingungen der Mitglieder der Zahlstelle während der Kriegszeit aufzunehmen. Von der Mitgliedschaft wird erwartet, daß sie durch genaues Ausfüllen und pünktliche Zurückgabe der Fragebogen die Bemühungen der Kassierer und der Verbandsleitung nach besten Kräften unterstützt. Sz.

Rundschau.

In eigener Sache.

Sehr verspätet werden wir von einem Freunde unsres Blattes darauf aufmerksam gemacht, daß die „Frankfurter Zeitung" in ihrer Abendausgabe vom 11. Januar dieses Jahres in einem den Vorgängen in der Sozialdemokratie gewidmeten Artikel geschrieben hat:

„. . . . Das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, das der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit von Anfang an kritisch gegenüberstand, hat nach dem Disziplinbruch der Minderheit nichtsdestoweniger geäußert: wenn die Sozialdemokratie verrückt würde, dann müßten sich die Gewerkschaften selbst nach einer vernünftigen parlamentarischen Vertretung umsehen."

Selbstverständlich haben wir uns so nicht geäußert. Es ist ganz allgemein nicht Brauch bei uns, verletzende Kraftworte zu häufen, am allerwenigsten aber in einer Sache, die so sehr der ruhigen, sachlichen Behandlung bedarf, wie die Vorgänge in der sozialdemokratischen Fraktion. Der Artikel, auf den in der „Frankfurter Zeitung" offenbar angespielt wird, befindet sich in Nummer 1 des laufenden Jahrganges. Der letzte Absatz dieses Artikels, auf den sich der Hinweis nur stützen kann, lautet wie folgt:

„Damit soll gesagt sein, daß wir das Bedenkliche der Haltung der Zwanzig nicht in ihrer Abstimmung bei den Kriegskrediten sehen, sondern in den Konsequenzen, die ihr Verhalten haben kann. Die nächste Zukunft wird die Fraktion noch recht oft vor schwerwiegende Fragen stellen. Dabei wird es voraussichtlich starke Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn dann jedes Grüppchen auf eigene Faust Politik machen wollte, so würde das zu recht unerwünschten Zuständen führen. Dann könnte es so kommen, wie der „Grundstein" vor längerer Zeit andeutete, daß nämlich die Gewerkschaften ein „politisches Aktionszentrum" bilden oder schaffen müssen. Vorläufig hoffen wir allerdings noch, daß die Partei das schlechte Vorbild der Fraktion nicht nachahmt, daß vor allem die Gewerkschaftler in der Partei dafür eintreten, daß die Einheit der Partei über die jetzigen Stürme hinaus gerettet wird. Um die Zeit nach dem Kriege ist uns nicht bange. Dann wird die Partei vorausschtlich durch dieselben Kräfte zusammengeschmiedet werden, die sie heute zur Auflösung treiben wollen."

Der gesperrte Satz dient dem Verfasser des Artikels in der „Frankfurter Zeitung" offenbar als Grundlage für seine Berufung auf uns. Jeder Leser wird aber unschwer erkennen, daß die Umformung unsres Artikels denn doch etwas gar zu — frei ist und fast den Eindruck erweckt, als habe der Verfasser weniger unsre Ansicht wiedergeben, als vielmehr den Konflikt zwischen den Gewerkschaften und der Parteiminderheit recht scharf darstellen wollen. Bei solchem Streben sollten aber doch gewisse Rücksichten nicht außer acht gelassen werden!

Anregungen und Wünsche.

Ueber „Die Hauptaufgaben der sozialen Fürsorge nach dem Kriege" sprach kürzlich Professor Dr. Jastrow im Festsaale des Charlottenburger Rathauses vor dem Kommunalen Frauenverein. Dr. Jastrow forderte Ausbau der sozialen Fürsorge schon jetzt während des Krieges. Die Angehörigen der verheirateten Soldaten müßten eine staatliche Unterstützung in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, der in den Großstädten 3 bis 4 Mk. betrage, erhalten. Notwendig wäre es auch, den Kriegerfrauen und den Hausbesitzern entsprechende staatliche Miet-Unterstützung zu gewähren. Die Kriegerfrauen könnten es nicht verstehen, daß sie verpflichtet seien, Miete zu zahlen, wenn der Mann, der im Felde stehe, die Wohnung nicht benutze. Der Redner bezeichnet es im weiteren als argen Mißstand, daß zur Ausübung von Wohlfahrtsunterstützungen täglich neue Vereine gegründet werden. 276 solcher Neuorganisationen seien seit Kriegsausbruch geschaffen worden. Wenn eine gesetzliche Bestimmung bestände, wonach noch fünf Jahre nach dem Kriege ein Vorstandsmitglied einer solchen Neuorganisation weder Orden noch Titel annehmen dürfte, dann würden bestimmt nicht so viel Neuorganisationen entstanden sein. Eine weitere soziale Fürsorge sei die Schaffung von Pflichtfortbildungsschulen für beide Geschlechter vom 14. bis 18. Lebensjahr. Außerdem empfehle sich eine veränderte Gestaltung der Wohltätigkeitsstiftungen. Jedes Geschlecht möge für seine Armen sorgen. Deshalb müsse die Bestimmung der Stiftungen beseitigt werden, wonach lediglich die Zinsen für die Armenunterstützung verwandelt, das Kapital im Interesse künftiger Geschlechter aber nicht angetastet werden dürfe.

Ueber den Wert der Gemüse

schreibt in der „Kriegskost" Professor Dr. Max Rubner:

Die Gemüse haben für den Konsumenten den Vorteil, daß er keine gefälschte Ware bekommen kann; das frische Gemüse kennt jede Hausfrau; sie weiß, welche Eigenschaften sie von ihm verlangen muß.

Von Gemüse allein wird man nicht leben wollen und leben können, so wenig man dauernd von Brot allein, von Fleisch oder nur von Milch leben wollte. Zusammen mit sonstigen Nahrungsmitteln sind aber die Gemüse vortrefflich und wertvoll. Sie sind dadurch ausgezeichnet, daß sie sehr viele ganz ausgeprägt wohlschmeckende, den Appetit anregende und befriedigende Eigenschaften besitzen, die eine Würze jedes Mahles darstellen.

Die Gemüse bestehen, insoweit sie Wurzelgemüse oder Blattgemüse darstellen, aus kleinen Hohlräumen (Zellen), die mit Saft und Nährstoffen oft prall gefüllt sind. Wenn man sie zerkleinert und zerhackt, fließt bei vielen, zum Beispiel Spinat und ähnlichen, der Saft in Masse aus, besonders dann, wenn sie erwärmt werden. Der Saft der Gemüse enthält sehr viel Nährendes, weshalb er unter keinen Umständen verloren werden darf. Soweit der Nährstoff in diesem Saft enthalten ist, ist er leicht verdaulich. Gemüse soll man, wenn es nicht schon zum Zweck des Kochens zerkleinert wurde, recht gut durchkauen. Das gilt namentlich vom Salat, der nicht in halbzerkleinerten Blättern verschluckt werden soll.

Gemüse, insoweit sie saftige Pflanzen darstellen, sind wasserreicher als manche andre Nahrungsmittel. Man hat ihnen deshalb vorgeworfen, sie seien arm an Nährwert. Gewiß, im rohen Zustande enthalten sie oft nur ein Zehntel bis ein Achtel des Nährwerts von Brot, Salat und Rettich sogar noch weniger. Man muß also etwas mehr von ihnen essen, um den Mangel auszugleichen.

Sieht man aber davon ab und betrachtet die Natur der in den Gemüsen enthaltenen Nährstoffe, so fällt uns bei manchen der zum Teil recht hohe Eiweißgehalt derselben auf. Ziemlich eiweißreich ist schon weißer Kohl; andre Gemüse erreichen im Eiweißgehalt etwa die Hülsenfrüchte wie Schnittbohnen, Blumenkohl und Gartenerbsen, wieder andre sind sogar noch eiweißhaltiger als alle Hülsenfrüchte, zum Beispiel Spargel, Rosenkohl und Spinat. Von den Salaten ist die Endivie der eiweißreichste, ähnlich sind Kopfsalat und Gurken zusammengesetzt; am eiweißärmsten ist der Sellerie.

Da aller Nährwert in den Pflanzen enthalten ist und deren Wände schwer verdaulich sind, so ist die Zerkleinerung der Gemüse beim Kochen und beim Kauen wichtig. Diese Zellwände der Gemüse sind aber, weil sie junge Gebilde sind, doch weit verdaulicher als die der Hülsen von Roggen und Weizen, Reis usw., die eine beim Wachstum holzartige Umwandlung erfahren haben.

Die Gemüse unterscheiden sich von allen andern Nahrungsmitteln durch ihren hohen Gehalt an Salzen. Diese sind für den Verlauf des gesunden Lebens unentbehrlich. Im Durchschnitt braucht der Erwachsene, der sich nicht einseitig ernährt, sondern unsre Volksnahrungsmittel ißt, auf eine besondere Salzzufuhr nicht Bedacht zu nehmen. Die Gemüse sind es, die in einer normalen Kost zur Vermehrung der „Salze" beitragen.

Wenn man statt Weißbrot eine entsprechende Menge Weißkohl oder Spinat ißt, so verhalten sich die Nährsalze wie 1:15:28. Gemüse bringen also vielfach schon in geringen Mengen genommen relativ viel Nährsalze in den Körper. Unter diesen Nährsalzen spielt der Kalk eine wichtige Rolle; eine normale Kost braucht mehr Kalk als Magnesiasalze. Unter den tierischen Nahrungsmitteln ist eine Hauptkalkquelle die Milch. Die Gemüse enthalten ausnahmslos mehr Kalk als Magnesia, ein Verhältnis, wie es unsern Bedürfnissen entspricht, und liefern uns unter Umständen selbst mehr an Kalk als die Milchnahrung.

Eingegangene Schriften.

Neue Broschüren der Buchhandlung Vorwärts, Berlin:

„Es lebe der Frieden!" Von Philipp Scheidemann, M. d. R. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 40 Pf.

„Für die Einheit der Partei." Hrausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 60 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.

„Sozialdemokratie und nationale Verteidigung." Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 40 Pf.

„Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher." Von Luise Zietz. Heft 9 der „Sozialdemokratischen Frauenbibliothek". Preis 50 Pf.

„Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen." Von diesem Führer ist soeben eine neue verbesserte Auflage erschienen. Sie berücksichtigt die inzwischen eingetretenen Aenderungen und Ergänzungen der in Betracht kommenden Gesetze. Die übersichtliche Anordnung des Stoffes setzt jeden in die Lage, sich ohne viel Mühe über jede einschlägige Frage zu unterrichten. Preis der Broschüre 30 Pf.

*

„Dokumente zum Weltkrieg." Herausgegeben von Eduard Bernstein. Als 13. Heft dieser Sammlung ist soeben „Das deutsche Weißbuch II" (Ergänzungsheft), 1. Teil, erschienen. Preis 30 Pf. Es enthält die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Nachträge. In Kürze wird auch der 2. Teil dieses Ergänzungsheftes erscheinen.

„Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns." Gleichfalls im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin W 68, ist nunmehr das Protokoll der Verhandlungen jener Wirtschaftskonferenz erschienen, die am 9. Januar d. J. im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz von Fritz Ebert von Vertreterschaften der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie Deutschlands und Oesterreichs abgehalten wurde.

*

Sven Hedin, „Nach Osten!" 182 Seiten, 27 Abbildungen (25 Photographien, 2 Zeichnungen). Feldpostausgabe 1 Mk. Leipzig, F. A. Brockhaus. Sven Hedin hat im vorigen Jahre mehrere Monate lang die Ostfront bereist, die deutschen, österreichischen und ungarischen Armeen von Memel bis Czernowitz kennen gelernt, ihr Leben und ihr Kämpfen studiert, mit ihren Heerführern als Freund verkehrt, die Schauplätze aller großen Kriegsereignisse besucht, den Zerstörungsweg der moskowitischen Soldateska mit Entsetzen verfolgt und zuletzt den Siegeszug der verbündeten Armeen bis in das Herz Rußlands hinein mitgemacht. Was er auf dieser zweiten Kriegsfahrt erlebt und gesehen, schildert er in diesem Buche.

*

„Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie." Der bekannte Gewerkschaftler August Winnig behandelt dieses Thema in dem soeben erschienenen Heft 10 der 10-Pf.-Bibliothek „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse" (Verlag Internationale Korrespondenz, Berlin-Karlshorst). Der Verfasser untersucht die parlamentarischen und revolutionären Kampfmethoden in anregender Weise. Er kommt dabei zur entschiedenen Ablehnung der letzteren und fordert die konsequente Anwendung der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Methode. Das Schriftchen dürfte zu lebhaften Diskussionen Anregung geben.

Verbandsnachrichten.

Vom 4. April 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Lübz 152,22. Blankenburg a. H. 151,07. Strehla a. d. E. 147,90. Annaberg (Erzgeb.) 112,89. Essen a. d. R. 104,82. Nünchritz 95,54. Gelsenkirchen 94,79. Barth 90,65. Althaldensleben 53,32. Hönningen 29,06. Aalen 14,74. Bendorf 14,49. Neuwied 5,85. Wernigerode 2,95. E. 93,85. E. 17,50. Sch. 20,95. Magdeburg 2464,84. Schweinfurt 616,04. Bunzlau 415,29. Radeberg 301,31. Eisenach 165,17. Biere 156,71. Elsterwerda 115,35. Freienwalde a. d. O. 88,65. Ansbach 66,87. Kaiserslautern 65,02. Frankfurt a. d. O. 61,44. Oschatz 59,44. Frankeneck 51,24. Wechselburg 39,55. Halle a. d. S. 36,17. Wriezen 33,55. Wurzbach 32,65. Auerbach i. V. 15,48. Ziegenhals 13,32. Miesbach 4,80. Wurzbach —,20. Kiel 2116,03. Brenten 164,14. Ludwigshafen 523,25. Arnstadt 170,69. Neustadt a. d. H. 184,06. Jena 165,11. Ratzeburg 150,—. Goldberg i. Schl. 82,85. Leisnig 77,98. Neumarkt (Oberpf.) 68,59. Annaburg (Bez. H.) 55,12. Liegnitz 52,06. Schwerin i. M. 25,53. Greifenhagen 20,—. Plau i. M. 18,50. Pahlhude 4,81. Tangermünde 500,—. Hennigsdorf 350,—. Riesa 299,83. Bernburg 265,91. Bützow 126,40. Luckenwalde 82,35. Warnemünde 82,08. Jena 10,—. P. 4,—. Schönebeck a. d. E. 2,50. Harburg a. d. E. 575,08. Elbing 721,93. Varel i. O. 160,43. Alfeld 126,46. Gerabronn 95,17. Großenhain 60,75. Küstrin 10,72. Neufahrn 15,20. Straubing 9,75. Mietraching 7,17. Schongau 5,02. Detmold 5,86. Heidelberg 2,33. Hirschberg i. Schl. 700,—. Velten i. d. M. 533,42. Neumünster 417,33. Barby 331,32. Parchim 266,11. Bromberg 226,28. Rendsburg 75,25. Erlangen 66,37. Klötze 52,78. Döbeln 47,29. Ellrich 27,22. Gr.-Rhüden 24,41. Freising 23,70. Kolberg 13,—. Elmshorn 7,—. Schönebeck a. d. E. 38,78.

Schluß: Montag, den 10. April, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1916 haben eingesandt:

Kaiser i. P., Colditz, Bautzen, Augsburg, Wehlau, Landsberg, Weißwasser, Mainz, Mügeln b. Dr., Oschatz, Magdeburg, Althaldensleben, Eßlingen, Alzey, Neuwied, Bendorf, Elsterwerda, Bonn, Hönningen, Penig i. S., Annaberg i. S., Wriezen, Freienwalde a. d. O., Frankfurt a. d. O., Kamenz, Klein-Krotzenburg, Nünchritz, Gelsenkirchen, Wernigerode, Essen, Cythra, Blankenburg, Freiwaldau, Barth a. d. Ostsee, Leipzig, Eisenach, Biere, Wechselburg, Ansbach, Bad Lausick, Merseburg, Ratzeburg, Warin, Pahlhude, Kaiserslautern, Forchheim, Wurzbach, Ziegenhals, Dessau, Waldheim, Goldberg, Mallmitz, Miesbach, Schwetzingen, Barmen, Osterwieck a. H., Greifenhagen, Goslar a. H., Wittenberge, Itzehoe, Auerbach, Plau i. Meckl., Lübz i. M., Leisnig, Annaburg, Heilbronn, Neumarkt (Oberpf.), Nürnberg, Kiel, Freising, Delmenhorst, Riesa, Allstedt, Arnstadt, Schönberg, Köthen, Bernburg, Hennigsdorf, Tangermünde, Bützow, Luckenwalde, Schwerin, Kattowitz, Hameln, Ludwigshafen, Celle, Bunzlau, Halle a. d. S., Schönebeck, Varel i. O., Küstrin, Rendsburg, Bremerhaven, Warnemünde, Neufahrn, Schongau, Straubing, Mietraching, Elbing, Klötze, Stade, Bromberg, Braunschweig.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
411 330	Georg Englert	18. 4. 1869	27. 10. 1905	Mannheim
457 184	Wenzel Nowotny	20. 5. 1856	11. 3. 1906	Mannheim
594 262	Jakob Betterolf	17. 9. 1877	1. 7. 1913	Mannheim
594 201	Johann Bayer	9. 6. 1891	1. 6. 1913	Mannheim
540 590	Christoph Behrens	22. 5. 1849	22. 5. 1905	Uelzen

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Delmenhorst. Johann Eßmann, Schanzenstraße 79.
Ketzin. Wilhelm Berndt, Feldstraße 2.
Leipzig. Albert Hüppner, Zeitzer Straße 32 (Volkshaus).
Schwerin. Franz Marquardt, Schützenstraße 2.
Velten. Karl Krumnow, Mühlenstraße 33.
Wehlau. Gottlieb Schröder, Gartenstraße 30, 1. Et.